



RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG
INSTITUT FÜR DEUTSCHES UND EUROPÄISCHES
GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSRECHT

Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Peter-Christian Müller-Graff, Ph.D. h.c., MAE

24. Trialog-Seminar

Im Wintersemester 24/25 ist im Rahmen der Zusammenarbeit der Juristischen Fakultäten der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, der Jagiellonen-Universität Krakau, der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und der Nationalen Universität "Mohyla Akademie" Kiew die Durchführung eines Seminars geplant zu dem Thema:

AUSNAHMEZUSTÄNDE IM EUROPÄISCHEN, STAATLICHEN UND INTERNATIONALEN RECHT

Das Blockseminar soll vom **12. bis 15. Dezember 2024** an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz abgehalten werden. Die Reise- und Übernachtungskosten werden vom DAAD getragen.

I. Der Staatsnotstand im deutschen, polnischen und ukrainischen Recht

1. Der Verteidigungsfall gemäß Art.115a ff.GG im Vergleich zum Spannungs- und Bündnisfall (Art. 80a GG) und Zustimmungsfall (Art.80 GG i.V.m. Art.15a Abs. 5 GG).
2. Die Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Arbeit des Parlaments und auf die Amtszeit des Präsidenten
3. Die Voraussetzungen für die Verhängung des Notstandes oder des Kriegszustandes gemäß Art.228ff.der polnischen Verfassung und deren Rechtsfolgen.

II. Deutschland, Polen und die Ukraine im Recht internationaler Sicherheitssysteme

4. Die Einordnung der Bundesrepublik Deutschland in kollektive Sicherheitssysteme gemäß Art.24 GG
5. Die „strategische Orientierung derUkraine zum vollständigen Beitritt zur EU und zur NATO“ auf der Grundlage der Verfassungsänderung von 2019 und die Ukraine-Beschlüsse der NATO
6. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Integration Polens in die UNO, die NATO und die GASP der EU

III. Das Recht des Einsatzes von Streitkräften in Deutschland, Polen und der Ukraine

7. Die Regelungen des Grundgesetzes zur Wehrpflicht und zu bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr
8. Das ukrainische Recht zur Wehrpflicht und zum bewaffneten Einsatz der Streitkräfte
9. Das polnische Recht zur Wehrpflicht und zum bewaffneten Einsatz der Streitkräfte

IV. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

10. Die Bestimmungen des EUV über die GASP
11. Die Bestimmungen des EUV über die GSVP
12. Die Bestimmungen des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens über die gemeinsame Sicherheitspolitik

V. Internationaler Rechtsrahmen in Ausnahmeständen

13. Die Notstandsfestigkeit von Grund- und Menschenrechten nach der EMRK
14. Die individuelle und kollektive Selbstverteidigung und Nothilfe nach der Charta der Vereinten Nationen
15. Der Krieg in der Ukraine vor der VN-Generalversammlung und vor dem IGH
16. Das Verhalten russischer Streitkräfte in der Ukraine im Licht des Völkerstrafrechts

Für die **Heidelberger** Teilnehmenden sind in der Themenverteilung zwischen den beteiligten Fakultäten vorerst die Themen **7, 10, 11,13** vorgesehen – sowie ggfs. weitere Themen. Interessenten sind gebeten, sich möglichst umgehend, **spätestens bis 26.Oktober 2024** bei meinem Mitarbeiter Bruno Striebel unter bruno.striebel@igw.uni-heidelberg.de anzumelden. Bitte fügen Sie eine Übersicht über die bisherigen Studienleistungen bei und nennen Sie ggfs. ein Wunschthema (ohne dass dessen Zuteilung garantiert werden kann). Die Zulassung und Themenzuteilung erfolgt in der letzten Oktoberwoche. Abgabedatum der schriftlichen Ausarbeitung der Seminararbeit ist der 06.Dezember 2024.

gez.:Prof.Dr.Dr.habil.Dr.h.c.mult.Peter-Christian Müller-Graff, Ph.D.h.c., MAE